

## **BDZ warnt schwarz-gelbe Koalitionäre vor einer Spaltung des Zolls**

**Zum Auftakt der Koalitionsverhandlungen hat der BDZ an die Bundeskanzlerin sowie an weitere Spitzenpolitiker von CDU/CSU und FDP appelliert, die Einheit der Zollverwaltung nicht zu gefährden. In einem Schreiben an die Mitglieder der Arbeitsgruppen betont BDZ-Chef Klaus H. Leprich, die Rolle des Zolls als Einnahmeverwaltung und Teil der Sicherheitsarchitektur müsse nicht neu definiert werden. Im Interesse eines modernen, prozessorientiert und wirksam handelnden Zolls mit motivierten Beschäftigten bedürfe es keiner Verlagerung von Aufgaben und keiner erneuten Strukturveränderungen.**

Anlass für diese Initiative des BDZ sind Wahlaussagen von CDU/CSU und FDP. So setzt sich etwa die FDP für eine Überprüfung ein, inwieweit die Aufgaben des Zollfahndungsdienstes und des Zollkriminalamtes durch andere Sicherheitsbehörden übernommen werden können. Der BDZ stellt unmissverständlich fest, dass die Kontrolle des grenzüberschreitenden Warenverkehrs zu den Kernaufgaben des Zolls und nicht in die polizeiliche Zuständigkeit gehört.

Wie keine andere Bundesverwaltung sei der Zoll in den letzten 20 Jahren von geopolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen sowie von der Globalisierung der Weltmärkte betroffen und permanenten Umstrukturierungen unterworfen. Darüber hinaus habe die Haushaltskonsolidierung mit der Folge sinkender personeller Ressourcen bei gleichzeitig wachsenden Aufgaben die Intensität und Qualität der Aufgabenerledigung beeinträchtigt. Der objektiv vorhandene Personalfehlbestand und eine über Jahre verfehlte Einstellungspolitik hätten zu spürbaren Defiziten in der Aufgabenwahrnehmung geführt.

Mit Blick auf das Projekt „Strukturentwicklung Zoll“ macht der BDZ deutlich, dass die bei der Umsetzung auftretenden Probleme durchaus vorhersehbar gewesen seien. Wie auch die Mitgliederbefragung des BDZ bestätigt habe, sei es nicht gelungen, die Beschäftigten von der Notwendigkeit des Reformprozesses zu überzeugen. Der BDZ halte daher eine strukturierte Mitarbeiterbefragung des Bundesfinanzministeriums für unverzichtbar.

Eine weitere Ursache für die verbreitete Unzufriedenheit sei, dass die Dienstrechtsreform bei den Beschäftigten des Zolls keine Differenzierungen vorgenommen habe. Die rund 17 000 Vollzugskräfte des Zolls erwarteten zu Recht die Gleichbehandlung mit vergleichbaren Beschäftigten der Bundespolizei. In der Frage der Herstellung einer funktions- und leistungsge rechten Bezahlung bestehe daher für die neue Bundesregierung dringender Handlungsbedarf.

Berlin, 8. Oktober 2009